

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Bundesbauminister Karl
Ravens mahnt: Energie-
einsparung muß ernst-
genommen werden.

Seite 1/2

Hans Urbaniak MdB zur
Betriebsrätekonferenz der
Sozialausschüsse: Ein
Schuß in den Ofen.

Seite 3

Gerd Weiskirchen MdB
weist die CDU-Kritik an
der Bildungspolitik der
Bundesregierung zurück.

Seite 4/5

Zum Tode von Rudolf
Küstermeier.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

32. Jahrgang / 232

5. Dezember 1977

Energieeinsparung muß ernstgenommen werden

Von Karl Ravens
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Unter dem Eindruck zunehmend knapper und damit teurer werdender Energie hat die Bundesregierung am 14. September 1977 Eckwerte für ein "Programm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen in bestehenden Gebäuden" beschlossen. Diese Programm wurde nach vorbereitenden Gesprächen am 28. November 1977 auf einer Konferenz mit den Bauministern der Länder erörtert.

Im Ergebnis konnte - was Einzelfragen betrifft - noch keine endgültige Einigung erzielt werden. Aber: Einigung über die Notwendigkeit dieses Programms besteht. Grundsätzlich bejahen - mit Ausnahme eines Landes - alle Länder die Notwendigkeit der Förderung energiesparender Investitionen.

Bei den noch offenen Fragen handelt es sich um folgende Einzelheiten:

1/ Wie lang soll die Laufzeit des Programms - bei einem Gesamtvolumen von 4,35 Milliarden DM - sein?

2/ Wie hoch soll der Fördersatz der förderungsfähigen Investitionskosten sein?

3/ Wo wird die Höchstgrenze der förderungsfähigen Investitionen pro Antragsteller angesetzt?

Die Bundesregierung wird neben der Klärung dieser noch offenen Fragen die Grundlagen erarbeiten, um die Energiesparmaßnahmen in das Wohnungsmodernisierungsgesetz zu integrieren. Ich hoffe, daß am 19. Dezember 1977, dann also wenn die Verhandlungen mit den Ländern fortgesetzt werden, eine einvernehmliche Lösung gefunden werden kann. Dies umso mehr, als alle Beteiligten wissen, daß die Forderung nach Energieeinsparung nicht nur Gerede bleiben darf.

Das große Interesse der Bürger an diesem geplanten Programm darf nicht enttäuscht werden. Auch die Sorge der Zulieferindustrie vor einem Auftragsstau als Folge der Zurückhaltung von Investitionen darf nicht konkret werden.

Unverständlich ist die noch ablehnende Haltung des Landes Niedersachsen, das als einziges der elf Bundesländer die Notwendigkeit dieses Energieeinsparungsprogramms wegen vorgeblich "anderer Prioritäten" verneint.

Der niedersächsische Ministerpräsident muß wissen, daß seine Haltung auf dem Hintergrund der Arbeitsmarktentwicklung nicht mehr verständlich ist: Allein für Niedersachsen bedeutet das Programm der Bundesregierung in den nächsten Jahren die Mobilisierung eines Auftragsvolumens von über zwei Milliarden DM für vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen. (-/5.12.1977/ks/ja)

+ + +

Ein Schuß in den Ofen

Bundeskonzferenz für Betriebsräte der Sozialausschüsse der CDA

Von Hans Urbaniak MdB

Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Kohl hat wieder einmal zugeschlagen. Auf der Bundeskonferenz für Betriebs- und Personalräte der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft stellte er am Wochenende in Oberhausen die hanebüchene Behauptung auf, daß es noch nie eine Regierung gegeben habe, die die Interessen der Arbeitnehmerschaft so verraten habe, wie die von den Sozialdemokraten geführte. Dicker geht's nimmer.

Dieses Manöver ist so durchsichtig, daß selbst die treuesten Unions-Anhänger sich fragen werden: Von welcher Regierung, von welchem Land spricht der CDU-Vorsitzende? Hier wird die politische und soziale Wirklichkeit in der Bundesrepublik verfälscht. Hier wird wider besseres Wissen die Bundesregierung bis ins Unerträgliche diffamiert. Will Kohl vergessen machen, daß es die sozialliberale Koalition war, die gegen den Widerstand der Unions-Parteien dafür gesorgt hat, daß das Netz der sozialen Sicherheit auch in schwierigen Situationen einwandfrei funktioniert? Nimmt Kohl wirklich an, daß die Arbeitnehmerschaft in diesem Lande so dumm ist und nicht mehr weiß, wer ihre Interessen vertreten hat, als es darum ging, die Mitbestimmung - um nur ein Beispiel zu nennen - auszuweiten?

Auch mit noch so kraftvollen Anbiederungsversuchen wird es dem CDU-Vorsitzenden nicht gelingen, aus dem öffentlichen Bewußtsein zu verdrängen, daß die arbeitnehmerfeindlichen Kräfte den stärksten Einfluß auf die Unions-Parteien haben. Die Rolle des Treuhänders von Arbeitnehmerinteressen passt nicht zur Union, sie ist verlogen. Denn weder Kohl, noch "CDU-Prolet" Blüm, wie ihn seine Parteifreunde vom Wirtschaftsrat so gern nennen, ist die Schlüsselfigur in der Opposition, die an den politischen Fäden zieht. Diese Schlüsselfigur heißt immer noch Franz Josef Strauß.

Erfreulich an der Betriebsräte-Konferenz der Sozialausschüsse war, daß Norbert Blüm davor gewarnt hat, sich an den Schimpfkanonaden gegen die Gewerkschaften zu beteiligen. Sein Einfluß in der CDU wird daran zu messen sein, ob in den eigenen Reihen die Warnung verstanden wird, ob die Verteufelungsversuche seitens der Union unterbleiben. Es wäre für das soziale Klima wünschenswert. Doch Skepsis bleibt angebracht, gerade im Vorfeld der Tarifauseinandersetzungen.

Erfreulich auch die Vorschläge Blüms zur Arbeitszeitverkürzung. Sie bringen zwar nichts Neues, sondern entsprechen in der Sache den Forderungen, die Sozialdemokraten auf ihrem Hamburger Parteitag beschlossen haben. Doch das schadet nichts. Norbert Blüm ist zu wünschen, daß er diese Forderungen in seiner Fraktion durchsetzen kann. Aber auch hier sind Zweifel angebracht. Als "soziales Feigenblatt" durften sich die Sozialausschüsse schon immer zu Worte melden, doch wenn es um die Realisierung dieser Forderungen ging, dann wurden sie zurückgepfiffen. Das war auch schon unter Hans Katzer so.

Am Ziel vorbeigeschossen hat Blüm allerdings mit der Behauptung, die Bundesregierung sei mit ihrer Lohnsteuerepolitik der Lohntreiber Nummer eins. Die Arbeitnehmer wissen es besser. Sie haben die von der Koalition durchgesetzte Heraufsetzung des Weihnachtsfreibetrages auf 400 DM noch in frischer Erinnerung. Sie wissen auch, wem sie die Herabsetzung der Lohnsteuer zu verdanken haben.

Die Bundeskonferenz in Oberhausen galt als Auftakt der Sozialausschüsse für den Wahlkampf zu den Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1978. Sie war ein Schuß in den Ofen; ein mißglücktes Lockvogelangebot, dem die Arbeitnehmer nicht auf den Leim gehen werden.

(t-15.12.1977/vo-he/10)

+ + +

Gegen wen richtet sich der Vorwurf wirklich ?

Unsubstantiierte Kritik der CDU-Bildungssprecherin trifft eigene Parteifreunde

Von Gerd Weiskirchen MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bildungsausschuß

Die Beratungen über den Einzelplan 31 Bildung und Wissenschaft nimmt die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Frau Ursula Benedix, im CDU Presseamt zum Anlaß, die zahlreichen Modellversuche im schulischen Bereich mit dem Verdacht zu belegen, der Bund greife massiv in die Bildungspolitik der Länder ein, um seine bildungspolitischen Vorstellungen, die letztlich auf die integrierte Schule abzielen, durchzusetzen. Dabei stoßen die sogenannten Modellregionen auf besondere Kritik der CDU. Frau Benedix als niedersächsische Abgeordnete weiß aber sehr genau, daß die ersten Modellregionen im Emsland und im Saarland der Erprobung einer besseren Verbindung zwischen den Hauptschulen mit neuen Schwerpunkten zur Arbeitslehre, Wirtschaft und Technik mit der Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres dienen.

Im Saarland wird man sich dabei ganz besonders der besseren Vorbereitung von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß in besonderen Formen der beruflichen Grundbildung auf eine Berufsausbildung annehmen. Soll dies nunmehr nach dem Willen der CDU verhindert werden, nur weil dieser Modellversuch vom Bund mitfinanziert wird? Auch die für Nordrhein-Westfalen und Hessen vorliegenden Anträge wollen nicht einfach integrierte Modelle als Monopolangebot in einer Region einführen, sondern allen Bürgern die Gelegenheit schaffen, nebeneinander als echte Alternative im überschaubaren Umkreis, z.B. Hauptschulen, kooperative und integrierte Gesamtschulen, vorzufinden. Chance und Kennzeichen der Modellregionen ist also gerade das alternative Angebot.

Der Katalog der Modellversuche zeigt, wie wichtig diese Versuche sind. Man muß sich fragen, ob die CDU etwa die Verstärkung des Zusammenhangs von Erziehung und Unterricht in der Grundschule ablehnt, ob sie die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung der Hauptschule verhindern oder den Ausbau der Schul- und Berufsberatung in Zusammenarbeit zwischen Schul- und Arbeitsverwaltung einstellen will, damit gerade die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß oder Ausländerkinder keine Ausbildungsplätze finden.

Im übrigen zeigt sich das Scheinmannöver der CDU-Abgeordneten darin, daß Modellversuche und Modellregionen nur auf Antrag der Länder, also auch der von ihren Partei-

freunden regierten Länder, eingerichtet werden können. Gerade die CDU/CSU-regierten Länder nehmen mit Freuden Bundesmittel für Modellversuche entgegen: 1976 Bayern mit annähernd 22 Millionen an erster und Baden-Württemberg mit 19,4 Millionen DM an zweiter Stelle. Schließlich muß hier noch darauf hingewiesen werden, daß die der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung vorgeschlagenen Bereiche zur vorrangigen Förderung und die dort festgelegte Beschreibung der Problemfelder und Einzelfragen zu Modellversuchen von allen Ländern und dem Bund gemeinsam auf der Grundlage gemeinsam verabschiedeter Pläne und Programme entstanden sind.

Die CDU/CSU-Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft waren schließlich auch der Meinung, daß der Ansatz für die Projekte zur wissenschaftlichen Begleitung gekürzt werden sollten. Die Begründung lautete: Der wissenschaftliche Beobachtungsgesichtspunkt sei zu 80 Prozent rein soziologisch. Nun kann nicht bestritten werden, daß in Modellversuchen Menschen leben, die nicht wie Köpfe abgezählt werden können, berührt sind. Beobachtung und Auswertung der Modellversuche müssen sich deshalb auch auf die Aufklärung soziologischer Fragen, z.B. der Durchsetzung von mehr Chancengleichheit gegenüber bisher benachteiligten Gruppen, beziehen. Dies entspringt nicht nur einer einseitigen politischen Haltung. Bei genauem Nachforschen hätte Frau Benedix feststellen müssen, daß in den Begleitvorhaben, z.B. zur Gesamtschule, sowohl Fragen der Chancengleichheit wie der Verknüpfung von Daten zu Verhalten zum Bildungsstand, z.B. der Eltern, und zum Schulerfolg von allen Ländern, auch den-CDU regierten Ländern, erhoben werden. Im übrigen muß es wundern, daß Frau Benedix Angriffe ausgerechnet gegen die wissenschaftliche Begleitung von Gesamtschulen richtet, obwohl ihr bekannt ist, daß gerade hierzu in der BLK die in Europa umfangreichste Auswertung unter Beteiligung von Fachleuten und Wissenschaftlern auch der CDU-regierten Länder begonnen hat.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die CDU-Politikerin mit ihrer unsubstantiierten Kritik offenbar in Kauf nehmen will, daß die bildungspolitischen Entscheidungen eigener Parteifreunde in den Bundesländern getroffen werden.

(-/5.12.1977/ks/gat)

+ + +

Dem Glauben an eine bessere Welt gedient

Zum Tode des sozialdemokratischen Journalisten Rudolf Küstermeier

Von Fritz Sänger

Am frühen Nachmittag des 4. Dezember ist Rudolf Küstermeier in Tel Aviv gestorben. Nach fast 75, nach Schule und Studium, dann von rastloser Arbeit erfüllten, an Freude und Enttäuschung, Erregung und Kampf, an Willenskraft und Beharrlichkeit überreichen Jahren war das Herz müde geworden. Es endete ein Leben, das dem Glauben an eine bessere, von Menschlichkeit geführte Welt gedient hat und nichts anderem.

Dieser Mann war einer der zähesten und aufrichtigsten unter denen, die dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben. In einem seiner Beiträge in der Zeitschrift "Blick in die Zeit" nannte er 1932 die Jahre bis zum Ausbruch der Diktatur in Deutschland die "Zeit des beginnenden barbarischen Terrorismus, zu dem sich die traditionsbewuten Konservativen und die geschichtslosen Nationalisten nun verbündet haben". Noch vor ein paar Wochen, als wir in Hamburg zum letzten Male beieinander waren, verbarg er den Stolz darüber nicht, daß er diese Entwicklung frühzeitig erkannt und gekennzeichnet hatte, deren Folgen die Generation von heute nun zu tragen hat.

Für seine Weitsicht und seinen Mut mußte er unter Hitler schwer leiden. Am 29. November 1933 wurde er verhaftet, am 27. August 1934 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und erst am 15. April 1945 von britischen Soldaten in Bergen-Belsen aus dem Konzentrationslager befreit, in das man ihn nach zwei Zuchthaus-Aufenthalten gesteckt hatte. Sie befreiten einen Mann, bei dessen Anblick das Erbarmen tiefe Erschütterung unter den wahrhaft hartgesottenen Soldaten des Krieges hervorrief. Sie hielten ihre Tränen nicht zurück.

Kaum hatte er wieder Kraft, da fand der ungebrochene Mut auch wieder eine Aufgabe im Aufbau eines neuen, freien Deutschlands. Er wurde Chefredakteur der von der Militärregierung gegründeten Zonenzeitung "Die Welt" in Hamburg. Als der Verlag in die Hände des Hauses Springer kam, schied er aus, und wir konnten ihm im Auftrag der Deutschen Presseagentur eine besondere Chance bieten: Er wurde 1957 der erste Korrespondent aus Deutschland in Israel. Viele Jahre hat er von dort berichtet und dort für Deutschland und für eine Versöhnung und Verständigung mit dem jüdischen Volk gearbeitet - mit großem, greifbarem Erfolg. Er war einer der Initiatoren der Aktion "Friede mit Israel", wurde dafür in Jerusalem 1963 mit der "Carl-von-Ossietsky-Medaille" geehrt.

"Bevor wir von Israel einen entsprechenden Schritt erwarten können, müssen wir etwas tun, was diesen Schritt erleichtert. Der Ruf, bei solchem Tun mitzuhelfen, geht nicht nur an unsere Regierung, sondern an jeden, der sich verantwortlich fühlt für die Aufgabe, auch zwischen Deutschen und Judentum wieder zu Frieden und Zusammenarbeit zu kommen." Diese Meinung hatte Rudolf Küstermeier am 1. September 1951 in der "Welt" veröffentlicht. Sie gab die Richtung an, der die Politik der Bundesrepublik später gefolgt ist. Wann und wo je von dem Brückenschlag zwischen Deutschen und Juden gesprochen, wann er je gewürdigt werden wird - niemals wird man an der pionierhaften Leistung dieses Mannes vorübergehen können, der in der stillen Art seines Wesens die ersten unsichtbaren Fäden knüpfte, die zueinander geführt haben.

Mit Rudolf Küstermeier starb ein Mensch, der in allen reifen Jahren seines Lebens gewußt hat, daß Freiheit ohne Sozialismus nur eine Form ohne Inhalt sein kann, und Sozialismus ohne Freiheit nicht zu verwirklichen ist. Er hat es geglaubt, er hat es gewollt, und er hat sich für seine Hoffnung aufgegeben. (-/5.12.1977/ks/ja)

+ + +